

PROGRAMMDISKUSSION UND KRISE IN DER
DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN
ARBEITERPARTEI (DSAP) IN DER
TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

Von Martin K. Bachstein

Dieser Aufsatz befaßt sich mit einem entscheidenden Abschnitt in der Geschichte der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, einer Partei, die vielleicht als einzige den entscheidenden Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei im Jahre 1935 hätte verhindern oder in kleineren Grenzen halten können. Es soll im folgenden nicht untersucht werden, warum das Sudetendeutschtum in seiner Mehrheit die Politik der sog. aktivistischen Parteien zurückwies, denn ein Teil der Wähler mag auch mehr seiner Unlust oder Ablehnung dem tschechoslowakischen Staat als einer einzelnen Partei gegenüber Ausdruck gegeben haben. Vielmehr soll hier einmal an einigen nachweisbaren Beispielen aufgezeigt werden, wie wenig die deutsche Sozialdemokratie sich über ihre politische Aufgabe und Zielsetzung im klaren war und wie sie auch dann, als sich Ansätze zu einer bescheidenen innerparteilichen Opposition zeigten, diese einfach ignorieren oder ausschließen konnte — obwohl die Diskussion des oppositionellen Gedankengutes die Möglichkeit zur Überwindung der innerparteilichen Ziellosigkeit durchaus eröffnete. Die DSAP muß so durch ihre Politik der Unterlassungen einen Teil der Schuld für die Entscheidung vom Mai 1935 auf sich nehmen.

Die Quellengrundlage für eine solche Untersuchung ist mager. Nicht einmal das gedruckt vorliegende Schrifttum der DSAP, das hier hauptsächlich und absichtlich verwendet wurde, ist lückenlos vorhanden. Das Archiv der Partei gelangte 1938, wahrscheinlich nach der Vernichtung von damals politisch gefährdendem Material, an das Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte. Als diese Bestände während des Krieges nach Polen verlagert wurden, verschwand ein Teil der Akten und konnte dem Amsterdamer Archiv von den polnischen Behörden nicht mehr zurückerstattet werden. Auch ein Teil des in die Emigration geretteten Materials ging verloren und erschwerte so den seit den 50er Jahren betriebenen Aufbau des sog. Seliger-Archivs in Stuttgart, das von der Seliger-Gemeinde als Traditionsträger der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik verwaltet wird. Tschechoslowakische Archive stehen der zeitgeschichtlichen Forschung nur beschränkt zur Verfügung. Damit erklärt sich zum Teil, weshalb Einzeluntersuchungen über die deutschen Parteien in der Zwischenkriegszeit nur zögernd unternommen werden oder warum auch größere Darstellungen — wie z. B. Joh. Wolfgang Brügel 1967 — wohl die Henlein-Bewegung eingehend untersuchen, die anderen deutschen Parteien aber hauptsächlich nur im

Rahmen ihrer aktivistischen oder negativistischen Haltung zum tschechoslowakischen Staat behandeln.

Am 19. Mai 1935 wählte die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik zum vierten Mal ihr Parlament. Das wohl wichtigste Ergebnis dieser Wahl waren vielleicht nicht einmal die 44 Mandate der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, sondern der Verlust von rund 200 000 Stimmen und zehn Mandaten bei der deutschen Sozialdemokratie, die 1920 noch fast die Hälfte der deutschen Stimmen und 33 Mandate errungen hatte. Allein in den fünf Jahren seit der letzten Parlamentswahl 1929 war ihr Einfluß um etwa die Hälfte zurückgegangen. Das Parteiorgan, der Prager „Sozialdemokrat“, schrieb damals im Hinblick auf die über Nacht zur Realität gewordene Stärke der Sudetendeutschen Partei, „... die Sozialdemokraten müssen zugeben, daß nur durch das t s c h e c h i s c h e Wahlergebnis Demokratie und Ordnung im Staat vorerst erhalten werden“¹ (Hervorhebung nicht im Original).

Es kann kaum genügen, dieses Wahlergebnis einfach als Zeichen der Zeit, als Ausdruck der ungeheueren wirtschaftlichen Krise und des faschistischen Vormarsches in Europa zu deuten. Denn andere sozialistische Parteien kleiner und größerer Staaten, wie der Schweiz, der Niederlande, Skandinaviens und auch Englands, erwehrten sich mit mehr Erfolg der Herausforderung von rechts als die DSAP es vermochte. Diese Partei konnte fortan nicht mehr als wichtigste Repräsentanz der arbeitenden Schichten des Sudetendeutschturns gelten.

Was war geschehen? Bald nach der Niederlage, im Juni 1935, berief die Partei ihren zehnten Parteitag nach Brünn zur Rechenschaft. Allein die Wahl dieses Tagungsortes weitab von den Kadern der deutschen Sozialdemokratie in Nordböhmen, obwohl ursprünglich Teplitz-Schönau vorgesehen war², spricht für die Niedergeschlagenheit der Führung um Dr. Ludwig Czech. Auch der Umstand, daß die Tagesordnung des Parteitages im wesentlichen auf einen einzigen Punkt beschränkt blieb, nämlich die „... Überprüfung der Politik und Taktik“³, zeugt von Kritik und Zweifel in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie, die offensichtlich weit über das normale Maß nach einer Wahlniederlage hinausreichten.

Auseinandersetzungen um die Linie der DSAP waren vorher selten an die Öffentlichkeit gedrungen. Die drei parteieigenen Tageszeitungen in Prag, Brünn und Karlsbad und die vom Prager Zentralorgan redigierten Kopfblätter in der Provinz vertraten keine selbständige Politik. Nur in der seit 1928 bestehenden theoretischen Monatsschrift, der „Tribüne“⁴, erschien gelegentlich ein kritischer

¹ Sozialdemokrat (Prag) vom 19. Mai 1935.

² Sozialdemokrat (Prag) vom 5. Februar 1935.

³ Sozialdemokrat (Prag) vom 20. Juni 1935.

⁴ Die „Tribüne“ erschien seit 1928 als theoretisches Organ des Reichsparteisekretariats zunächst in Teplitz-Schönau und später in Prag. Im Jahre 1934, nach der Niederlage der österreichischen Sozialisten, verzichtete die DSAP auf eine eigene theoretische Monatsschrift und übernahm die Herausgabe des Wiener „Kampf“ als gemeinsames Organ. Als Herausgeber zeichneten u. a. Heinrich Kremser, Josef Hofbauer, Karl Kern, Wenzel Jaksch und inoffiziell auch Otto Bauer.

Beitrag, der aber meist ohne Erwiderung blieb. Offensichtlich verstand es die deutsche Sozialdemokratie als starke Funktionärspartei⁵ immer wieder, oppositionelle Regungen in ihren Reihen niederzuhalten. Nicht zuletzt wurde die Entwicklung einer organisierten Parteiopposition erschwert durch das uneinheitliche Siedlungsgebiet der Sudetendeutschen entlang der Grenzen des Staates sowie durch den heterogenen, nicht stammeseinheitlichen Charakter der Volksgruppe.

So kam es erst dann zur stärkeren Kritik innerhalb der Partei, als sich der Widerstand auf ein Thema konzentrieren konnte, das seit Jahren als unerfüllter Auftrag auf der Parteiführung lastete und das fast zu einem Symbol der Auseinandersetzung zwischen Jungen und Alten, Rechten und Linken in der DSAP werden sollte: die Diskussion um ein zeitgemäßes Parteiprogramm. Seit dem Wiener Programm der österreichischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1901, das zum Teil erfüllt oder durch den Untergang der Monarchie hinfällig geworden war, existierten in der DSAP nur einige programmatische Aufrufe aus den ersten Jahren der Republik, die in der Auseinandersetzung mit der Reichenberger Linken — den deutschen Kommunisten — den Bedürfnissen der Zeit gedient hatten. Diese Aufrufe betonten mit inhaltslosem Pathos den internationalen Charakter der Bewegung und vertraten einen militanten, doch nicht überzeugenden Revisionismus „... vollkommen auf den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels vom proletarischen Klassenkampf“⁶. Das Verhältnis der deutschen Minderheit zum tschechoslowakischen Staat erfuhr nach dem Gründungsparteitag 1919 keine grundsätzliche Klarstellung mehr. Es war offensichtlich, daß Ludwig Czech, ein aus der mährischen Arbeiterbewegung hervorgegangener Advokat, das nationale Problem als Austromarxist nur ungenügend beachtete. Zudem war Czech, im Urteil eines langjährigen Mitarbeiters, „... eher eine bürokratische als eine politische Natur. Gewissenhaft bis zur Pedanterie und Schwerfälligkeit, zäh bis zum Starrsinn Kein revolutionärer oder dialektischer Marxist, wohl aber ein phantasieloser Doktrinär und buchstabenge treuer Ausdeuter der marxistischen Lehre ...“⁷. In Czechs politischer Heimat spielten nationale Gegensätze in der Sozialdemokratie trotz der Brüner Nationalitätenkämpfe eine eher untergeordnete Rolle. Für die Gesamtpartei in der Tschechoslowakei aber lagen die Verhältnisse anders. Vornehmlich in den nordböhmischen Industriegebieten spürte der deutsche Arbeiter die Konkurrenz seiner

⁵ Die Auszählung der gedruckten Parteitagsprotokolle 1920—1935 ergab für den Parteivorstand und den Vollzugsausschuß zumindest eine Zweidrittelmehrheit von hauptamtlichen Parteifunktionären oder Parlamentariern in diesen Gremien.

⁶ Nach dem Wortlaut der Deklaration des Karlsbader Parteitages vom Oktober 1920. In: Protokoll der Verhandlungen des zweiten Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik. Teplitz-Schönau 1920, S. 5.

⁷ Franzel, Emil: Die Politik der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei 1918—1938. In: Die Deutschen in Böhmen und Mähren. Ein historischer Rückblick. 2. durchges. u. erw. Auflage. München 1952, S. 333—379, hier 354. Vgl. auch die Biographie des ehemaligen Sekretärs Ludwig Czechs: Brügge, J. W.: Ludwig Czech. Arbeiterführer und Staatsmann. Wien 1960, 202 S. Zu bemerken ist, daß sich das Urteil Franzels über Ludwig Czech aus dem Jahre 1952 kaum von dem unterschied, das er bereits 1934 in der „Přítomnost“ niedergelegt hatte (s. Anm. 34 unten).

tschechischen Kollegen am eigenen Leibe. Nicht umsonst hatte dort schon einmal zuvor, nach der Jahrhundertwende, die Unzufriedenheit mit der Nationalitätenpolitik der Sozialdemokratie zur Gründung der Deutschen Arbeiterpartei, den späteren Nationalsozialisten, durch abtrünnige Sozialdemokraten geführt⁸. Trotzdem blieb die Sozialdemokratie nach 1918 als Partei den nationalen Schutzverbänden, dem Bund der Deutschen und dem Deutschen Kulturverband, fern. So trug ihre unglückliche Nationalitätenpolitik dazu bei, daß die DSAP ihre Stellung als größte deutsche Partei nicht behaupten konnte, obwohl eine möglichst breite Zusammenfassung der deutschen politischen Kräfte die beste Gewähr bot für die erfolgreiche Vertretung der Interessen von über drei Millionen Deutschen im tschechischen Parteienstaat.

Nach dem Ausscheiden aus der österreichischen Mutterpartei und dem vorzeitigen Tode Josef Seligers, dem Czech 1920 als langgedienter Führer der mährischen Landesgruppe folgte, beschloß die neue Parteiführung der Sozialdemokratie die Verlegung des Sekretariates von Teplitz nach Prag. Dort und nicht mehr inmitten ihrer Mitglieder in Nordböhmen sollte ein neues geistiges und politisches Zentrum entstehen. Dies geschah mit der Absicht, aus der Hauptstadt der Republik die Partei zentral zu leiten, begünstigte aber durch das Fehlen einer starken Führerpersönlichkeit das Anschwellen des Parteiapparates, der sich allmählich als hemmende Zwischeninstanz zwischen Führung und Mitglieder schieben konnte, und aus dessen Reihen nur selten Anregungen zur Erneuerung der Partei hervorgingen.

Zudem versäumte die Partei, sich endlich ein zeitgemäßes Programm zu schaffen, das über das Verhältnis der deutschen Arbeiter zur Gesellschaft und somit auch zum tschechoslowakischen Staat Grundsätzliches aussagte. Nicht daß es an Vorschlägen gefehlt hätte: Dr. Emil Franzel, damals ein junger Angestellter der Partei in der Reichsstelle für Bildungswesen, bemerkte schon Ende der zwanziger Jahre, wie „das Programm“ zu einem Symbol der Auseinandersetzung wurde zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei, hauptsächlich aber gegen die Prager Parteiführung⁹. Franzel betrachtete als einer der ersten die Zukunft der DSAP nicht mehr als die einer reinen „Klassenpartei“ orthodox-marxistischer Prägung. Er erkannte die differenzierte Bedeutung des Begriffs der Arbeiterklasse in Deutschböhmen, die keine gesichtslose Masse darstellte, sondern den gesamten Bogen der unteren Schichten von kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bestandteilen bis zum Industrieproletariat einbezog, und die eigentlich erst durch die Schaffung des tschechoslowakischen Staates zu einer politischen Gemeinschaft zusammengewachsen war¹⁰. Der Sozialismus müsse daher, so Franzel,

⁸ Siehe: Feyl, Othmar: Sozialdemokratischer Revisionismus und Reformismus und die Anfänge des „nationalen Sozialismus“ in Böhmen vor Hitler. In: Ost und West in der Geschichte des Denkens und der kulturellen Beziehungen. Festschrift für Eduard Winter zum 70. Geburtstag. Berlin 1966, S. 700—714.

⁹ Für diese und einige andere Mitteilungen ist der Verf. Herrn Dr. Emil Franzel (München) zu Dank verpflichtet.

¹⁰ Siehe: Bosl, Karl: Wandel und Tradition im Geschichtsbild der Deutschen und Tschechen. BohJb 8 (1967) 9—22.

die z. T. vorindustrielle Struktur des Sudetenlandes, in der das Industriedorf, der Kleinbetrieb und die Heimarbeit häufig auftraten, berücksichtigen und die sozialen Interessen der unteren Schichten vertreten. Diese sozialreformatorsche Aufgabe beinhalte auch eine nationale Verpflichtung, da „... die Deutschen als nationale Minderheit sich ihrer Nation wegen sozial geschädigt und unterdrückt fühlen“¹¹.

Diese Vorschläge verhallten ungehört. Die Wirtschaftskrise und der Eintritt in die Regierungskoalition, wo Dr. Czech als Minister für soziale Fürsorge unermüdlich Hilfsmaßnahmen für alle Krisenopfer im Staate vertrat, vereitelten eine rechtzeitige Lösung der Programmfrage in der DSAP. Die Beteiligung an der Regierung geschah allerdings ohne klar umrissene Ziele: Entweder die DSAP hatte keine, oder sie wollte die tschechische Bruderpartei nicht überfordern. Beides war ein Fehler, denn dadurch wuchs der Widerstand gegen den Regierungseintritt, besonders in einigen nordböhmisches Ortsorganisationen, wie in Bodenbach unter Richard Reitzner und Fritz Kessler, und verstärkte so divergierende Tendenzen innerhalb der Partei, die auch andere Ortsvereine erfaßten.

Im Jahre 1932 schließlich fühlte sich Franzel veranlaßt, der deutschen Sozialdemokratie einen detaillierten Programmplan öffentlich zu unterbreiten. Mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten bei der Werbung und Schulung neuer Mitglieder machte der Leiter des Parteibildungswesens der anscheinend aus eigener Kraft nicht fähigen Partei den Vorschlag, wenigstens mittels ideologischer Anleihen bei den österreichischen und tschechischen Nachbarparteien zu einem eigenen Programm zu gelangen¹². Lediglich die kulturellen und nationalpolitischen Punkte mußten dann von einer Programmkommission nach dem bevorstehenden Parteitag erarbeitet werden.

Der neunte Parteitag in Prag 1932 nahm diese Anregung auf und bestimmte eine 20-köpfige Kommission, der nahezu alle ideologischen Führungspersönlichkeiten angehörten, unter ihnen Ludwig Czech, Siegfried Taub, Josef Hofbauer, Emil Strauß, Wenzel Jaksch und Emil Franzel. Lediglich Richard Reitzner als bekannter sog. Linker schien keine Einladung erhalten zu haben. Diese Gruppe trat leider fast nie zusammen und erklärte sich schließlich außerstande, ihre Aufgabe zu erfüllen¹³; ja drei überlebende Mitglieder können sich nicht einmal erinnern, daß die Programmkommission jemals getagt habe¹⁴.

Rückblickend bietet sich heute der Schluß an, daß sich Ludwig Czech durch den Druck der Wirtschaftskrise, die ja in der CSR seit 1918 andauerte, einfach außerstande sah, ein Programm zu verabschieden, in dem Wunsch und Wirklichkeit hoffnungslos auseinandergingen und das den Arbeitern keine bessere Zukunft verhieß. Nicht zum Volkstribun geboren — er wirkte in Versammlungen beim

¹¹ Franzel, Emil: Die geistige Lage der sudetendeutschen Arbeiterklasse und der Sozialismus. Rede zur Ersten Reichsbildungskonferenz der DSAP in Teplitz-Schönau am 15. Oktober 1930. Sozialdemokrat (Prag) vom 16. Oktober 1930.

¹² Ders.: Eine Aufgabe des Parteitages. Tribüne 5 (1932) 129—134.

¹³ Ludwig Czech vor dem Brünner Parteitag, Sozialdemokrat (Prag) vom 23. Juni 1935.

¹⁴ Mitteilung Emil Franzels, Karl Kerns (Malmö) und Ernst Pauls (Esslingen/N.) an den Verf.

Verlesen seiner peinlich ausgefeilten Reden kaum wie ein Arbeiterführer —, stand Czech an der Spitze einer Partei, die für ihn immer noch einen Teil der österreichischen Sozialdemokratie darstellte¹⁵, und die sich nur schwer in der Problematik des tschechoslowakischen Staates zurecht fand. Zudem hatte Wien lange genug die besten Köpfe des kulturellen und politischen Lebens im böhmisch-mährischen Raum angezogen — man erinnere nur an die Sozialdemokraten Karl Renner, Otto Bauer, Victor Adler, Ferdinand Hantusch und Friedrich Stampfer — und nun stand die DSAP auf sich allein gestellt im politischen Tageskampf mit der zweiten Garnitur von Spitzenfunktionären. Das erklärt mit die Scheu Czechs sich festzulegen und geht auch hervor aus einer Rede gegen Ende des Jahres 1931: Ein Programm, so meinte er, dürfe keine „allgemein gehaltenen und billigen Schlagworte“ enthalten, sondern müsse „... ganz genau umschrieben und in Bezug auf die Realisierbarkeit nachgeprüft sein“¹⁶.

Deshalb aber ruhte die Diskussion keineswegs. Aus der Mitte der Partei heraus vertrat auch Wenzel Jaksch die Erneuerung der DSAP. Er hatte schon während der 20er Jahre hin und wieder den Gedanken einer nationalen Selbstschutzorganisation vertreten, die durch freiwillige Besteuerung die Mittel für den Erhalt deutscher Kultureinrichtungen hätte aufbringen sollen, und er dachte, daß diese Gliederung einst der Nukleus für eine Sozialdemokratische Volkspartei sein könnte. Jaksch hatte als Redakteur der sozialdemokratischen Kopfblätter die Anliegen des Parteivolks in der Provinz eingehend kennengelernt. Er bedauerte zwar, „... daß unser Volk keinen politischen Instinkt besitzt“, um der deutschen Sozialdemokratie einen „umfassenden politischen Umschwung“¹⁷ zu ermöglichen, aber auch die Partei selbst sei für ihre Aufgaben schlecht gerüstet: Die Funktionäre hätten vor lauter langweiligen Sitzungen kaum Zeit, ein Buch zu lesen. „Lange Gewohnheitsreden“ verhinderten die Diskussion in der Partei — bald sei der Punkt erreicht, „... wo der Apparat die Bewegung zu erschlagen droht“¹⁸. Jaksch befand sich damals, Anfang der 30er Jahre, inmitten eines ideologischen Umdenkungsprozesses, der ihn allmählich aus einer orthodox-internationalistischen Einstellung zum Marxismus herausführte und im sog. Volkssozialismus 1936 einen vorläufigen Abschluß finden sollte. Deshalb und auch weil er anscheinend seine politische Laufbahn nicht unnötig gefährden wollte, nahm er zunächst nicht direkt zur Programmfrage Stellung. Dafür kritisierte Jaksch die Taktik seiner Partei. Diese müsse sich mehr um die, wie er sie nannte, „halbproletarischen und halbbürgerlichen Mittelschichten“ — er sprach also schon damals von *Schichten* und nicht *Klassen* — kümmern und „... einen großzügigen Geistesfeldzug um den Sozialismus“ entwickeln¹⁹ (Hervorhebung nicht im Original).

¹⁵ Auf dem Jubiläumsparteitag 1929 bekannte sich Ludwig Czech zur Tradition der Partei Victor Adlers und zum Hainfelder, Brünnner und Wiener Programm als „Grundgesetz“ für die DSAP. Sozialdemokrat (Prag) vom 18. August 1929.

¹⁶ Manuskript einer undatierten Rede zur wirtschaftlichen Lage vom Ende des Jahres 1931. Kopie im Besitz d. Verf.

¹⁷ Jaksch, Wenzel: Übergangswahlen. Tribüne 1 (1928) 249—253.

¹⁸ Ders.: Probleme des Übergangs. Tribüne 4 (1931) 249—253.

¹⁹ Ders.: Zum Wiener Kongreß. Tribüne 4 (1931) 57—64.

Jaksch scheint in der Tat an einen Feldzug um und nicht nur für den Sozialismus gedacht zu haben, dessen bisheriges Konzept er damit in Frage stellte. Obwohl sein ökonomisches Denken zu dieser Zeit noch sehr vom orthodoxen Marxismus bestimmt war, wollte auch Jaksch seine Partei aus dem klassenbedingten Denken der Vergangenheit lösen.

Auf dem Teplitzer Parteitag im Oktober 1930 stellte er die politische Zukunft der DSAP in Frage, falls es nicht gelingen würde, „... zu ernsthaften Lösungen der nationalkulturellen Fragen zu gelangen“²⁰. Diese Anliegen, z. B. im Bereich der Schul- und Verwaltungsgesetzgebung, bezeichnete er schon damals als „Schicksalsfrage“ für die deutsche und tschechische Sozialdemokratie und auch für die Republik. Die Tschechen dürften die Not der deutschen Arbeiter nicht „totschweigen“, weil sie Deutsche sind²¹, und müßten Verständnis aufbringen für verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern im Donauraum zur Verminderung der Krisennot²².

Der neunte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im November 1932 in der Prager Produktenbörse stand so im Zeichen der ideologischen Diskussion. In Deutschland, Österreich und Ungarn hatte die allgemeine Arbeitslosigkeit zur Radikalisierung der politischen Verhältnisse beigetragen. Allein die bedrohte Lage der benachbarten sozialistischen Parteien hätte der Führung der DSAP Anlaß sein müssen zur Aktivierung ihrer Politik, d. h. zur Formulierung eines Krisenprogrammes, das über den Beitrag der Partei in der Regierung hinausreichte und der Unzufriedenheit unter den Sudetendeutschen Rechnung trug²³. Auch aus den Anträgen an den Parteitag klang diesmal ungewöhnliche Kritik zahlreicher Lokalorganisationen, darunter Bodenbachs, Aussigs und Aschs hervor. Sie verlangten u. a. die Reduzierung des Anteils von Parlamentariern und Parteiangestellten im Vorstand auf höchstens die Hälfte der Sitze, die Verjüngung der Parteispitzen und den Austritt der DSAP aus der Regierungskoalition²⁴. Richard Reitzner hielt der Parteiführung entgegen, „überwuchert“ mit Tagesfragen habe sie übersehen, daß außer dem Parteiapparat sowohl „die Massen“ als auch „viele Vertrauensmänner“ die Politik der DSAP nicht mehr verstehen. Drei Jahre Koalitionspolitik hätten bewiesen, daß man in nationalen und wirtschaftlichen Fragen keinen Fortschritt gemacht und der faschistischen Herausforderung unfähig gegenüberstehe²⁵. Reitzner erinnerte ohne es auszusprechen auch an die uner-

²⁰ Protokoll der Verhandlungen des achten Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik in Teplitz-Schönau, 17.—19. Oktober 1930, Prag 1930, S. 109.

²¹ Sozialdemokrat (Prag) vom 6. September 1930.

²² J a k s c h : Zum Wiener Kongreß.

²³ Die Führung der DSAP wußte bereits im Herbst des Jahres 1932, daß die reichsdeutsche Sozialdemokratie den Weg in die Illegalität ins Auge faßte und in Karlsbad Ausweichmöglichkeiten für ihre Presse vorgesehen hatte. Siehe: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen. Herausgegeben von Erich M a t t h i a s, bearbeitet von Werner Link. Düsseldorf 1968, S. 69.

²⁴ Siehe: Sozialdemokrat (Prag) vom 21. Oktober 1932.

²⁵ Sozialdemokrat (Prag) vom 1. November 1932.

füllten Minimalforderungen der Partei aus dem Jahre 1930; seither hätte auch die Zusammenarbeit mit den tschechischen Sozialdemokraten den deutschen Arbeitern keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen oder kulturellen Stellung gebracht²⁶.

Der Parteivorsitzende, Ludwig Czech, konnte den Vertretern der Partei, die sich damals mindestens zur Hälfte aus arbeitslosen, fast verzweifelten Menschen zusammensetzte, keinen Trost spenden. Genau wie die Kommunisten²⁷ interpretierte auch er die Krise mit einem Zitat Karl Marx' „... als die Phase der Revolution der Produktivkräfte gegen das Privateigentum“²⁸. Als konsequenter Marxist hätte er daraus die Unfähigkeit der herrschenden Schicht, der Gesellschaft ihre Gesetze aufzuzwingen, folgern müssen — den Parteitag also zumindest über Verbleib oder Nichtverbleib in der Regierung abstimmen lassen müssen. Das unterblieb.

Unter den zahlreichen kritischen Debattenbeiträgen ragte eine Rede in ihrer Beurteilung der Lage über das Niveau der anderen heraus: Wenzel Jakschs. Der ehemalige Maurergeselle aus Südböhmen, der bisher meist als Fachmann für Agrarfragen galt, trat mit einem Referat hervor, das Kritik, durchdachte Analyse und mögliche Alternativen auszeichneten: Auch wenn Deutschböhmen 1919 zu Deutschland gekommen wäre, dann hätte die Weltkrise das Sudetenland nicht verschont; ja der Sieg des Faschismus im Reich hätte das Ende ihrer politischen Freiheit und die Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen durch die hochentwickelte reichsdeutsche Industrie zur Folge gehabt. Die sozialistischen Parteien müßten deshalb zu einer „positiven Programmsetzung“ gelangen und nicht länger wie Dr. Czech nach subjektiven Begründungen für die defensive Stellung der internationalen Arbeiterklasse suchen. An die sudetendeutschen Arbeiter gewendet meinte Jaksch: „Wir sind nicht als Bettler in diesen Staat gekommen . . . , wir haben zur Festigkeit seiner Währung, zur Ordnung seiner Finanzen beigetragen. Daraus leiten wir den Anspruch ab, daß dieser Staat durch Arbeitsbeschaffung und soziale Fürsorge verhindert, daß die Menschen, die ihm Unendliches gegeben haben, in dieser Krisenzeit dem Untergang geweiht werden“²⁹.

Als der kritische Tenor der Debatte auch am dritten Verhandlungstag nicht nachließ, unterbrach der Parteivorstand die Sitzung für eine vertrauliche Aussprache, auf der der Generalsekretär, Siegfried Taub, und Senator Carl Heller für die Parteileitung auf die Delegierten einwirkten. Anschließend ließ man überraschend für den Schluß der Debatte abstimmen. Nur mit Mühe gelang es deshalb noch Richard Reitzner als Vertreter oppositioneller Kreise aus der Bodenbach-Aussiger Gegend einen Resolutionsantrag zu unterbreiten. Darin wird die Koalitions politik der deutschen Sozialdemokratie gegeißelt und von den Ver-

²⁶ Sozialdemokrat (Prag) vom 10. Oktober 1930.

²⁷ Diskussionsbeitrag Karl Schwarz' (Leitmeritz) auf dem Prager Parteitag 1932. Sozialdemokrat (Prag) vom 1. November 1932.

²⁸ Sozialdemokrat (Prag) vom 30. Oktober 1932.

²⁹ Protokoll der Verhandlungen des neunten Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik in Prag, 29. Oktober — 1. November 1932. Prag 1933, S. 117—120.

trauensmännern im Parlament verstärkter Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Politik der Koalition gefordert³⁰. Die Parteimehrheit aber, vertreten durch Carl Heller und Ludwig Czech, vertrat einen entgegengesetzten Standpunkt. Man muß diese Meinung anerkennen, auch wenn damit die Ideenlosigkeit der Parteiführung nicht entschuldigt werden soll, nämlich durch den Verbleib in der Koalition wenigstens die Fürsorgemaßnahmen für die nahezu 600 000 Arbeitslosen im Land zu sichern. Als auch der Parteitag diese Politik in einer Resolution gebilligt hatte, fühlte sich Czech stark genug, seine Kritiker als „Illusionisten“, als neuen Linken „Adel“, „... denen das gewöhnliche Volk der Partei gegenübersteht“, zu verhöhnern³¹.

Indem die Parteiführung annahm, 60 deutsche und tschechische Sozialdemokraten könnten die Belange der Arbeiterschaft im Parlament gegen mehr als 200 bürgerliche und agrarische Abgeordnete erfolgreich vertreten, bewies die Spitze der DSAP, daß sie noch immer im Geist der altösterreichischen Sozialdemokratie dachte und handelte. Wie schon zu Zeiten Victor Adlers, so beeinträchtigte auch bei Ludwig Czech der Glaube an die Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit die realistische Einschätzung des nationalen Problems. Noch vor wenigen Jahren, bis man die Differenzen in Smichov 1928 notdürftig überdeckt hatte, gehörte die Polemik zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten zum täglichen Gehalt des „Právo Lidu“ und des „Sozialdemokrat“ — warum sollte seither ein grundsätzlicher Wandel stattgefunden haben? Im Zeichen der ungeheuren Wirtschaftskrise divergierten die sozialen Interessen der beiden sozialdemokratischen Parteien auf ganz natürliche Weise; sie mußten in erster Linie den Belangen ihrer nationalen Kader dienen. Die Tschechen verstanden dies und suchten die DSAP als Partner — nur war ihre Position eine ungleich stärkere als die der deutschen Partei. Der lange Katalog unbefriedigter deutscher Forderungen hätte auch der DSAP einen nationalen, aber deshalb nicht antitschechischen Kurs aufzwingen müssen; stattdessen glaubte sie weiter an die vernunftmäßige Auflösbarkeit nationaler und wirtschaftlicher Probleme. Die deutsche Sozialdemokratie erstrebte deshalb nicht die Aktivierung, sondern die Disziplinierung der Massen, die dann einen anderen Weg suchten.

Wie schon erwähnt, beauftragte die DSAP im Anschluß an den Parteitag 1932 eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Parteiprogrammes, das nie fertiggestellt wurde. So verzichtete die Parteiführung auf die Initiative in der Programmdiskussion zugunsten einer Handvoll Intellektueller und Studenten und eines ehemaligen Kleinbauernsekretärs: Emil Franzel, promovierter Historiker, Parteibildungsleiter und später außerpolitischer Redakteur des „Sozialdemokrat“; die Gruppe um Richard Reitzner und den Bodenbacher Bürgermeister Fritz Kessler; die Herausgeber der „Sozialistischen Aktion“ in Brünn, die Studenten Hans Torn, Karl Ribnitzky und Georg Hammerschlag; und Wenzel Jaksch, Häuslerssohn, Maurergeselle, Kleinbauernsekretär und Abgeordneter. Die überwiegende Mehrheit des Parteivolks und die Gewerkschaften verhielten sich passiv

³⁰ Sozialdemokrat (Prag) vom 1. November 1932.

³¹ E b e n d a.

und begünstigten so das beharrliche Element in der Parteiführung um die beiden Advokaten Czech und Heller und einen Teil des Parteiapparates. Selbst Jaksch vertrat eine oft undurchsichtige Haltung. Offensichtlich verfügte er über neue Ideen, sah aber lange keine Möglichkeit, diese Gedanken zur programmatischen Erneuerung innerhalb der Partei zum Tragen zu bringen. Wie einer seiner Mitarbeiter aus dieser Zeit mitteilt, so waren besonders die „Bodenbacher“ für Jaksch tätig und versprachen ihm ihre Unterstützung als Gegenkandidat von Ludwig Czech. Dabei scheint auch eine gewisse Opposition gegen den Bodenbacher Kreissekretär Franz Kögler, der dort als der Prager Führung unbedingt ergeben angesehen wurde, eine Rolle gespielt zu haben. Dennoch verhielt sich Jaksch zurückhaltend und ging einer offenen Auseinandersetzung aus dem Wege. Hinzu kam, daß der Vorsitzende des Jugendverbandes, Karl Kern, die Parteijugend aus ethischen Gründen aus einem Machtkampf in der Partei heraushalten wollte³². In der Tat zeigte dann auch die Entwicklung der DSAP bis zum Jahre 1938, daß Ludwig Czech erst durch die Intervention Präsident Beneš abgewählt werden konnte — daß also eine Fronde in der DSAP nur geringe Aussichten gehabt hätte.

Im Frühjahr 1934, nachdem die sozialistische Jugend erfahren hatte, wie auch ihr Programmwurf vom Parteiapparat verstümmelt worden war, begann in Brünn eine kleine Gruppe deutscher sozialdemokratischer Studenten der Masaryk-Universität mit der Herausgabe der Halbmonatsschrift „Sozialistische Aktion“. Die Herausgeber, denen der Brünnner Getränkeverleger Ferdinand Loew anfangs die Mittel vorstreckte, wollten „Sprachrohr der sozialdemokratischen Opposition“ sein, „mehr oder minder starke oppositionelle Gruppen“ vertreten und den „... Mangel an Diskussionsfreiheit, die Unfähigkeit, eine Opposition und mit ihr neue Kräfte und neue Ideen zu entfalten“, innerhalb der DSAP überwinden³³. Sie wollten versuchen, die bisher namenlose, versprengte Opposition zu sammeln und diese mit einer „einheitlichen Ideologie“ — also einem Programmwurf — zur politischen Aktion zu bewegen. Emil Franzel, der wegen seiner ideologischen Opposition aus der Bildungsstelle der Partei entfernt worden war und seither in der außenpolitischen Redaktion des Prager „Sozialdemokrat“ arbeitete, versprach der „Sozialistischen Aktion“ Schützenhilfe: In einem unter einem Pseudonym erschienenen längeren Artikel in der angesehenen liberalen tschechischen Monatsschrift „Přítomnost“ (Gegenwart) beschrieb er die Unfähigkeit der DSAP-Führung, die „... einer neuen Niederlage entgegengeht“. Nur die neue Linke (die „Sozialistische Aktion“), die im Einvernehmen mit der tschechischen Linken stehe, sei in der Lage, die deutsche Sozialdemokratie umzuwandeln „... in eine Partei

³² Für diese und andere Mitteilungen ist der Verf. Herrn Karl Kern (Malmö) zu Dank verpflichtet.

³³ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 1 vom 1. Juni 1934. Hans Torn hatte bereits vorher, in einem längeren Aufsatz in der Tribüne, auf die Überbewertung ökonomischer Faktoren in der sozialistischen Analyse des Faschismus hingewiesen. Nur durch größere Berücksichtigung des „entscheidenden ideologischen Faktors“ (Torn), könne die Sozialdemokratie eine wirksame Alternative zur faschistischen Ideologie entwickeln: Zur Ideologie des deutschen Faschismus. Tribüne 7 (1934) 111—118.

mit einem breiten gesellschaftlichen und ideologischen Rahmen, die den Kampf gegen den revisionistischen Abenteuerfaschismus bestehen könnte“ (Übers. d. Verf.)³⁴.

Dabei zeigte die „Sozialistische Aktion“ eine wirklichkeitsnahe Einschätzung der politischen Lage: Im günstigsten Falle prophezeite sie der DSAP mit ihrer bisherigen Politik „eine katastrophale Wahlniederlage“. Denn, so schrieb die Zeitschrift, „drei Viertel Millionen Arbeitslose wollen Brot! Ihnen liegt verflucht wenig an der Verteidigung der Demokratie, wenn sie dabei verhungern müssen. Hunderttausende Bauern stehen vor dem Bankrott oder stecken mitten drin im Elend der Überschuldung. Wenn wir sie auf den fernen Zukunftsstaat verträsten, laufen sie in hellen Scharen zum Faschismus. Zehntausende junge Intellektuelle wollen eine Existenz und eine Welt, in der ihr Leben wieder einen Sinn hat. Kommt ihnen nicht mit den abgestandenen Altersweisheiten der Kautsky und Wels, mit den herrlichen Theorien Otto Bauers, die immer nach dem Unglück beweisen, warum es geschehen mußte, sonst stehen sie morgen in der Front gegen uns! Ganze Nationen zittern vor dem Krieg, den der Faschismus als unausweichliches Los über sie verhängt. Haltet ihnen keine Vorträge über die Unsterblichkeit der Sopade und ihres Vorstandes, sonst werden sie anderswo als im Sozialismus Rettung suchen und sich aus Angst dem Teufel [Henlein] verschreiben noch ehe er sie holt“³⁵!

Betrachten wir im Vergleich einmal den politischen Kommentar der Parteiführung: Zur gleichen Zeit — nach der Niederlage der österreichischen und auch der reichsdeutschen Sozialdemokratie — beschäftigte sich der offizielle „Sozialdemokrat“ in einem Leitartikel mit der „Krise des deutschen Bürgertums“: „Die deutschbürgerlichen Politiker dieses Landes sind nicht zu beneiden . . . Es geht bei all dem Gerede von der Zusammenfassung der Kräfte [in der Sudeten-deutschen Heimatfront] einfach um ihre politische Existenz. Einige deutschbürgerliche Gruppen stehen vor der unangenehmen Gewißheit, daß sie aus eigener Kraft kein einziges Parlamentsmandat erringen können . . . Krise der Parteien? Pardon! Wir verbitten uns sehr entschieden, daß die lebensvolle und kraftstrotzende Partei der deutschen Arbeiterschaft mit den altersschwachen Gebilden des deutschen Bürgertums auf eine Stufe gestellt wird . . . Nur wenn der Dollfuß dem Henlein die Kanonen borgte, oder der Hitler seine SS-Truppen, nur dann könnte er den Marxismus überwinden . . .“³⁶ Selbst aus der Perspektive von mehr als 30 Jahren wirkt dieses Zeugnis politischer Unweisheit immer noch grotesk. Nicht einmal ein Jahr vor ihrer wohl größten Niederlage bezeichnete sich die einst größte politische Partei Deutschböhmens, obwohl ihre Entwicklung seit 1920 generell rückläufig war³⁷, als „lebensvoll“ und „kraftstrotzend“. Entweder man war in den

³⁴ H e y m, Stefan (Ps.): Hlas z německé sociální demokracie [Eine Stimme aus der deutschen Sozialdemokratie]. Přítomnost 11 (1934) 449—451.

³⁵ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 1 vom 1. Juni 1934.

³⁶ Sozialdemokrat (Prag) vom 15. Mai 1934.

³⁷ Hier sei an das Referat Franz Köglers auf dem zweiten Teplitzer Parteitag 1927 erinnert: Kögler erwähnte nicht nur die „Hypertrophie der Organisation“ und die „Gefahr der Verflachung“ für die deutsche Sozialdemokratie, sondern auch den ständig

Prager Redaktionsstuben der deutschen sozialdemokratischen Presse wirklich losgelöst von der politischen Wirklichkeit in den deutschen Gebieten, oder man hielt den sozialdemokratischen Leser für viel gutgläubiger, als er sich in der Wahl von 1935 erweisen sollte.

Im dritten Heft der „Sozialistischen Aktion“ legte die Brünner Opposition ein Aktionsprogramm vor, das zumindest in seinen Grundzügen in der offiziellen Parteipresse hätte diskutiert oder erwähnt werden müssen. Die Herausgeber hatten vorher den Generalsekretär der DSAP, Siegfried Taub, von ihrer Absicht unterrichtet und ihm angeboten, die „Sozialistische Aktion“ einem vom Parteivorstand ernannten und diesem verantwortlichen Redakteur zu übertragen. Taub soll ihren Vorschlag „rundweg zurückgewiesen“ haben³⁸. Der Programmentwurf der Opposition stammte wahrscheinlich aus der Feder Hans Tornis, eines jungen Brünner Studenten, der unter seinen Freunden durch eine fast „größtschechische Haltung“ bekannt war³⁹. Emil Franzel, dem man enge Beziehungen zur „Sozialistischen Aktion“ nachsagte, will den Entwurf zwar „durchgesehen“ haben, ohne aber auf dessen Inhalt Einfluß zu nehmen⁴⁰.

Quer durch die nationalen Lager sollte die Sozialdemokratie als Repräsentanz der unteren Schichten die alten Fronten überwinden. Mit ihrem Programm, das ausdrücklich als „Diskussionsgrundlage“ bezeichnet war, verfolgte die Opposition die Sicherung des tschechoslowakischen Staates durch eine „ökonomische Offensive gegen die Ursachen des Faschismus“, nämlich Arbeitslosigkeit und Verelendung⁴¹. Obwohl der Entwurf in seinen wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen auch vom Gedankengut des Bamberger Programmes der Gebrüder Strasser⁴², vom Korporationsstaat Mussolinis und von der berufsständischen Ordnungsidee der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI. von 1931 beeinflusst scheint, stellte er ein Novum dar, weil er den Nationalismus und Rassismus anderer rechtssozialistischer Konstruktionen unter-

fortschreitenden Rückgang der sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Obwohl nur wenige den Gliederungen der KPČ beigetreten sind, sei der Mitgliederstand von 20 000 Jugendlichen im Jahre 1920 auf 6000 gesunken. Sozialdemokrat (Prag) vom 10. Mai 1927.

³⁸ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 3 vom 1. Juli 1934.

³⁹ Für diese und einige andere Mitteilungen ist der Verf. Herrn Dr. Joh. Wolfgang Brügel (London) zu Dank verpflichtet.

⁴⁰ Mitteilung Dr. Emil Franzels an den Verf. Franzel hatte der Brünner Opposition in seinem Aufsatz „ČSR. — Wohin?“ Tribüne 7 (1934) 97—101, entscheidende programmatische Anregungen vermittelt, auf die in der „Sozialistischen Aktion“ auch wiederholt verwiesen wird. Franzel forderte u. a. „die jakobinische Republik“: „Das wäre also nicht einfach die Koalition, sondern das wirkliche Bündnis der Arbeiter, Bauern und arbeitenden Kleinbürger zur Verteidigung der Republik und zur Sicherung dieser Verteidigung durch eine staatssozialistisch geordnete Wirtschaft. Die Führung dieser Koalition der arbeitenden Klassen fiele der ‚Burg‘ als der Verkörperung der freiheitlichen und nationalen Ideen von 1917/18 zu. Nicht die konservative Bürokratie, sondern die demokratische Armee wäre der machtpolitische Faktor, mit dem die jakobinische Republik sich durchsetzen würde.“

⁴¹ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 1 vom 1. Juni 1934.

⁴² Siehe: Kühn l, Reinhard: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26. VfZ 14 (1966) 317—333.

ließ, sich deshalb auch nachdrücklich zum tschechoslowakischen Staat bekannte. Anstelle der in ähnlichen Programmen hervorgehobenen Interessen des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes, die er zwar auch zu befriedigen versucht, vertritt der Entwurf der „Sozialistischen Aktion“ vorrangig die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen des unteren Bürgertums, der Arbeiter und der Kleinbauern und die Verankerung dieser Anliegen im Staatsrecht, näherte sich also bewußt den Gedanken des liberalen Flügels der tschechischen Agrarier⁴³. Die dabei vorgesehene Trennung der Wirtschaftsverwaltung von der Legislative und der Aufbau eines planwirtschaftlichen Apparats auf regionalen und berufsständischen Kammern sollte dem Parlament die Verantwortung für Wirtschafts- und Sozialprobleme abnehmen und den Klassenkampf auf dem Wege des von den unteren Schichten aller Völker des Landes dominierten Interessenausgleichs in diesen Kammern überwinden.

Die offene Diskussion dieser Gedanken hätte der DSAP nicht geschadet, um so mehr, als deren Führung sich hauptsächlich im politischen Tageskampf, der täglichen Kleinarbeit, aufrieb, während die Sudetendeutsche Heimatfront ihre Organisation von der Sozialdemokratie nur ungenügend beachtet aufbaute. Zwar kündigte der offizielle „Sozialdemokrat“ die grundsätzliche Bereitschaft an, sich mit den Ideen der „Sozialistischen Aktion“ auseinanderzusetzen⁴⁴, aber nichts dergleichen geschah. Zugleich mit der Bereitschaft zur Diskussion begann nämlich die offizielle Polemik gegen die „intellektuellen Besserwisser“, gegen die „Handvoll Herrensöhnchen . . .“, die ihr Leben mit dem Herumsitzen in Kaffeehäusern nicht ausfüllen“⁴⁵, und die in antisemitischen Äußerungen gegen die Herausgeber der Brüner Opposition gipfelte. „Es ist ganz klar“, schrieb der Abgeordnete Eugen de Witte im Karlsbader „Volkswille“, „daß die Partei jeden dieser Leute hinauswerfen wird“⁴⁶. Solches Verhalten mußte entfremdend auf die zahlreichen Freunde der Opposition wirken, die es doch immerhin ermöglichten, daß die „Sozialistische Aktion“ etwa ein Jahr lang in einer Auflage von rund 2000 Heften erscheinen konnte, und deren gehaltvolle Leserzuschriften beweisen, daß die Zeitschrift auch bei gutunterrichteten Funktionären Eingang gefunden hatte.

Wenzel Jaksch, der noch im Mai 1934 in der „Zeitschrift für Sozialismus“ zur Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie bemerkt hatte, „... daß die historischen Daseinsformen der sozialdemokratischen Bewegung nur in geringem Maße den Anforderungen einer revolutionären Situation gewachsen waren“⁴⁷ und der damals selbst von der „Regeneration der Bewegung“ schrieb und redete, mußte den Vorsitz des Schiedsgerichts übernehmen. Die drei Herausgeber der oppositionellen Zeitschrift wurden ohne persönliche Einvernahme aus der Partei ausgeschlossen. Das Organ der tschechischen Legionäre, das linksorientierte

⁴³ Siehe: Heym (Franzel) im vorgen. Aufsatz in der Pfitomnost.

⁴⁴ Sozialdemokrat (Prag) vom 21. Juni 1934.

⁴⁵ Volkswille (Karlsbad) vom 19. Juni 1934.

⁴⁶ E b e n d a.

⁴⁷ Zeitschrift für Sozialismus (Karlsbad) Nr. 8. Zit. n.: Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 7 vom 1. September 1934. Siehe auch J a k s c h s Broschüre „Was kommt nach Österreich?“ Bodenbach o. J. (1934), S. 32.

„Národní osvobození“, kommentierte den Vorgang: „Ein derartiges Vorgehen gegen die Opposition ist das Zeichen einer Krankheit im innersten Mark des Parteigerüsts . . ., als ob ein an Altersschwäche leidender Mensch die stärkende Medizin verschmäht . . . Wir haben den Weitblick der [deutschen sozialdemokratischen] Parteileitung sehr überschätzt“⁴⁸.

Trotzdem zeigte sich kurz darauf, daß die Reserven der Partei noch nicht erschöpft waren und daß eine neue Politik den Vorstellungen breiter Schichten entsprochen hätte. Am 4. November 1934 nämlich verkündigte die deutsche Sozialdemokratie auf großen, sog. Volkskundgebungen ein Kampfprogramm. Es enthielt auch einen Teil der Forderungen aus dem Programmentwurf der „Sozialistischen Aktion“, wie z. B. nach Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, nach umfangreichen staatlichen Investitionen in Notstandsgebieten und nach engerer Zusammenarbeit mit der tschechischen Linken⁴⁹. Der Erfolg der Demonstrationen war so groß — es marschierten fast 100 000 Menschen —, daß selbst die innerparteiliche Opposition anerkennende Worte fand⁵⁰. Diese Aufmärsche entstanden als Antwort der DSAP auf die programmatische Rede Henleins in Böhmisches-Leipa. An der ungewöhnlichen Resonanz ihres Aktionsprogrammes in der Öffentlichkeit mußte die deutsche Sozialdemokratie erkennen, daß das Volk die Diskussion seiner Probleme im Angesicht der Massen begrüßte, demnach der bisherigen Politik der Bittgänge gegenüber weniger aufgeschlossen war. Die Tatsache, daß besonders dort, wie z. B. in Bodenbach und Aussig, wo die Opposition den Weg „auf die Straße“ gefordert hatte⁵¹, die Teilnahme an den Versammlungen besonders hoch war, rechtfertigte auch die Forderungen der „Sozialistischen Aktion“ nach einer aktiveren Politik und bewies, daß Einbrüche in die Sudetendeutsche Heimatfront möglich waren.

Leider verstand die Parteiführung nicht, daß es politisch notwendig war, wenigstens für die Dauer der Kampagne ihre Teilnahme an der Prager Regierungskoalition in der Öffentlichkeit kleinzuschreiben und daß die deutsche Sozialdemokratie der ihr von der SdP-Propaganda zugeordneten Verräterrolle entgegenwirken mußte, indem auch sie in der Öffentlichkeit immer wieder als nationale Interessenvertretung der Deutschen auftrat. So las man schon wenige Tage nach den Aufmärschen in der Presse wieder von sozialdemokratischen Bittgängen für zusätzliche Ernährungskarten, und im Parlament erklärte ausgerechnet der Sozialdemokrat Kremser, daß die Regierung keine Notstandsinvestitionen vornehmen könnte⁵². In dem täglich an Heftigkeit zunehmenden Wahlkampf versäumte die deutsche Sozialdemokratie die taktisch notwendige Distanzierung von der Regierungskoalition, obwohl ihr Kampfprogramm die Möglichkeit dazu eröffnete; sie verließ sich auf die älteren Wahlkämpfer wie Czech, Heller und Kremser und überließ dem Gegner das jugendliche Image.

⁴⁸ Zit. n.: Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 12 vom 15. November 1934.

⁴⁹ Sozialdemokrat (Prag) vom 4. November 1934. Vgl. auch: Br ü g e l, Joh. Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918—1938. München 1967, 663 S., hier S. 253—267.

⁵⁰ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 12 vom 15. November 1934.

⁵¹ E b e n d a.

⁵² Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 15 vom 15. Januar 1935.

Die DSAP stellte in den Vordergrund der Auseinandersetzung mit der Sudetendeutschen Heimatfront Henleins die Schuld des kapitalistischen Bürgertums an der Krise und betonte ihre Verdienste um die Sicherstellung der sozialen Belange der Arbeiterschaft⁵³. Es bedurfte aber kaum der Henlein-Propaganda, um Hunderttausende von Arbeitslosen zu erinnern, daß in Wirklichkeit der Umfang staatlicher Fürsorge seit dem Regierungseintritt der DSAP — wenn auch ohne Schuld der Partei — rückläufig war. An diesen Argumenten scheiterte auch eine Vertrauensmännerkonferenz der Partei und freien Gewerkschaften am 9. Dezember 1934 in Trautenau, als die Opposition die Erhöhung der Arbeitslosenbezüge und die Einberufung des Parteitages zur „Intensivierung der Arbeit in der Bewegung“ forderte⁵⁴. Auch durch das Fehlen eines Parteiprogrammes entstand ein uneinheitliches Bild der DSAP bei den Wählern. Ihre Ziele blieben unklar; in den Versammlungen verteufelte die „alte Garde“ das Bürgertum, während die Jungen, besonders Wenzel Jaksch, sich um das Vertrauen dieser Schichten bemühten⁵⁵. In einer großen Versammlung in der Prager „Urania“, dem Kulturzentrum des deutschen Bürgertums der Hauptstadt, erinnerte Jaksch — mehrmals vom Beifall unterbrochen — die Regierung daran, daß nur jene Staaten bestehen könnten, die ihre Probleme bewältigen: Die sudetendeutsche Sozialdemokratie müsse daher „... mit den sozial und fortschrittlich orientierten Gruppen des tschechischen Volkes eine große Aufbaufront bilden ... An der tschechischen Politik liegt es, der jungen sudetendeutschen Generation eine schöpferische Aufgabe zu stellen, [da sonst] ... die Sudetendeutschen das erste Opfer einer europäischen Katastrophe wären“⁵⁶.

Obwohl nach dem Parteistatut die Einberufung des Parteitages alle zwei Jahre vorgesehen war, vermied die DSAP-Führung für mehrere Monate diese Gelegenheit zur innerparteilichen Klärung im Angesicht der Wähler. Nachdem sie endlich die Delegierten für den 3.—5. Mai 1935 nach Teplitz-Schönau geladen hatte, ließ der Vorstand den Parteitag wegen des heranrückenden Wahltermines wieder ausfallen. Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung zitierte die liberale Prager deutsche Zeitung „Bohemia“ das abschließende Urteil der Brünner Opposition über die deutsche Sozialdemokratie: Die Verlegung des längst fälligen Parteitages, so konnte man lesen, „... bedeutet, daß man der Mitgliedschaft das Recht entzieht, rechtzeitig, also vor den Parlamentswahlen, auf die Wahltaktik, die politische Linie und die Kandidaturen Einfluß zu nehmen ... Uns Oppositionelle, die längst nicht mehr an das Märchen von der demokratischen Struktur der Partei glauben, hat die Verhinderung des Parteitages ... allerdings nicht in Erstaunen versetzt ... Wir wären wahrhaftig schlechte Kenner unserer Parteidiktatoren, wenn wir ernsthaft mit der freiwillig eingeräumten Möglichkeit [auf einem Parteitag] gerechnet hätten, zu der Ideenlosigkeit und Inaktivität der Führung, zu der mangelnden Qualifikation mancher Kandidaten und vielen

⁵³ Sozialdemokrat (Prag) vom 24. April 1935.

⁵⁴ Sozialistische Aktion (Brünn) Nr. 12 vom 15. November 1934.

⁵⁵ Sozialdemokrat (Prag) vom 10. März 1935.

⁵⁶ Sozialdemokrat (Prag) vom 21. März 1935.

anderen heiklen Fragen Stellung zu nehmen“⁵⁷. Obwohl, wie das Wahlergebnis dann zeigte, die Kader der deutschen Sozialdemokratie unerschüttert waren, resignierte die vielleicht einzige deutsche Partei, die eine Alternative zur Henlein-Bewegung darstellte. Sie erkannte schon vor dem Wahltag, daß sie weder ihre ideologische Befangenheit und ihr Führungsproblem überwinden noch ihre Bindung an den tschechoslowakischen Staat den Wählern nahebringen konnte. Mehr als drei Wochen vor der Niederlage vom 19. Mai 1935 bekannte Ludwig Czech auf einer Parteikonferenz, seine Partei werde unter allen Umständen auch nach der Wahl in der Regierungskoalition verbleiben⁵⁸. Die deutsche Sozialdemokratie glaubte an keinen Erfolg mehr. Sie hatte, wie ihr Vorsitzender selbst bescheinigte, „... mit einer Schlappe gerechnet“⁵⁹.

⁵⁷ Sozialistische Aktion (Brünn) zit. n.: Deutsche Zeitung Bohemia (Prag) vom 14. Mai 1935.

⁵⁸ Sozialdemokrat (Prag) vom 25. April 1935.

⁵⁹ Sozialdemokrat (Prag) vom 22. Juni 1935.